



ALINE FIEDLER
MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

CDU-Fraktion
Kulturpolitische Sprecherin

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Bei Ausgestaltung des GEMA-Betriebssystems nach Maßgabe von §13 Abs. 3
des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes einen sinnvollen
Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Soziokultur, Vereinen, ehrenamtlich
Tätigen und Kulturschaffenden herstellen**

Drucksache 5/10624

TOP 6 am 13. Dezember 2012

Aline Fiedler (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgangssituation beim Thema Gema ist nicht ganz einfach. Schon einmal haben wir im Juli dieses Jahres darüber debattiert.

Nun sind wir über das Thema Gebührenerhöhung sensibilisiert. Wir wissen um die Bedeutung und auch um die Konsequenzen, die die Einführung der neuen Gebühren haben würde. Gerade wir Kulturpolitiker schauen mit Blick auf das Kulturland Sachsen mit seinen zahlreichen Musikveranstaltungen, Volksfesten, Stadtteilstellen und Weihnachtsmärkten durchaus mit großer Sorge auf die Entwicklung.

Damals wie heute sind aber die Handlungsmöglichkeiten des Parlaments sehr eingeschränkt. Für den bestehenden Konflikt zwischen der Gema und den Betroffenen hat der Gesetzgeber ein eindeutiges Verfahren festgeschrieben. So kann das Problem nicht auf politischer Ebene gelöst werden, sondern muss von der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt entschieden werden. Ein wichtiger Teilerfolg ist, dass der Start der neuen Tarifstruktur bis Juni 2013, sprich bis zum Schiedsspruch des Patentamtes verschoben ist.

Im Schlichtungsverfahren muss Gema die tatsächlichen Grundlagen für die Angemessenheit ihrer Vorschläge darlegen. Deshalb können wir von dieser Stelle auch nur an die Schiedsstelle appellieren, die Interessen der Musikveranstalter bei ihrer Betrachtung entsprechend einzubeziehen. Deren Argumente sind für uns durchaus über-zeugend, weshalb wir darauf bauen, dass die Tarife so überarbeitet werden, dass Musikveranstalter künftig nicht für dieselben Veranstaltungen bis zu einem Vielfachen der bisherigen Vergütung zu entrichten haben.

Es ist hier sicher nicht der Ort über die internen Ausschüttungsmechanismen der Gema zu diskutieren. Dieser notwendige Diskussionsprozess sollte zunächst durch die Mitglieder in den Gremien der Gema geführt werden.

Außerdem ist die Gema gefordert, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und gegenüber den Betroffenen deutlich zu machen, warum welche Tarife überhaupt erhöht werden sollen.

Betrachten wir einmal konkret die sächsische Szene, so bedeutet die neue Tarifstruktur für 20 bis 30 Prozent der betroffenen Clubs mit Live-Musik eine zum Teil deutliche Erhöhung, aber für etwa 70 Prozent auch nicht. Allein dieses kleine Beispiel zeigt, wie wichtig es wäre, dass die GEMA stärkere und bessere Aufklärungsarbeit leistet.

Künstler und Produzenten haben einerseits ein Recht auf Bezahlung ihrer Leistung, auch das ist für uns Kulturpolitikern immer wichtig zu betonen. Die Unternehmer - Diskotheken- Restaurant- und Club-besitzer – haben andererseits auch ein Recht auf einen fairen Umgang. Es muss ein ausgewogenes Tarifsysteem geben, dass sowohl die Interesse der Rechteinhaber als auch der Abnehmerseite berücksichtigt.

Schon im Bericht der Enquetekommission Kultur von 2007 wurden der bürokratische Verwaltungsaufwand, mangelnde Transparenz auch im Hinblick auf eine undurchsichtigen Tarifdschungel, zu hohe Gebühren, Probleme bei sozial-karitativen Veranstaltungen und die unverständliche Tarifmodi bei der Gema angesprochen. Deshalb ist das Anliegen der GEMA, die Tarifstruktur zu vereinfachen der richtige Ansatz. Leider scheint dies nicht gelungen zu sein. Teilweise würde sogar das Gegengeil eintreten.

Ergebnis des neuen Gebührenmodells kann es sicher nicht sein, dass Musikveranstalter in Insolvenz gehen müssen, Arbeitsplätze verloren gehen würden und die Einnahmen für die Künstler letztendlich damit sinken statt steigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geistiges Eigentum muss geschützt werden. Die Nutzung von kreativen Leistungen durch andere ist nicht kostenlos. Die Arbeit die dahinter steckt muss gewürdigt und auch bezahlt werden. Die Tarife dafür müssen aber „angemessen“ sein. Das vorliegende neue Gebührenmodell scheint diesen Anspruch nicht zu erfüllen. Deshalb bauen wir darauf, dass die Schiedsstelle eine gerechte Entscheidung treffen wird. Dort gehört das Verfahren auch hin und nicht hier in den Landtag. Deshalb werden wir den vorliegenden Antrag ablehnen.

Herzlichen Dank!